

Entschließungsantrag

eingbracht am 06.07.2015, 10:58:58

Regierungsmitglied(er): Landesrat Dr. Christian Buchmann

LTAbg: LTAbg. Anton Kogler (FPÖ), LTAbg. Mario Kunasek (FPÖ)

Betreff:

Sofortiger Stopp der Verhandlungen über das Freihandelsabkommen Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP) der EU mit den USA

Begründung:

Seit Juli des Jahres 2013 verhandelt die Europäische Union mit den USA über das Zustandekommen des sogenannten „Transatlantic Trade and Investment Partnership-Abkommens (TTIP)“. Die Kritik in Bezug auf die zu erwartenden Ergebnisse werden immer lauter. Es zeichnet sich ab, dass das Abkommen vor allem Vorteile für amerikanische Konzerne bringen wird. Es besteht zudem die berechtigte Befürchtung, dass der Abschluss dieses Abkommens zu einer Aufweichung der österreichischen Lebensmittelstandards, des Umweltschutzes und der Arbeitnehmerschutzes führen wird.

Industrievertreter freuen sich indes hinter vorgehaltener Hand über kommende Zwangszulassungen heikler Technologien, die bisher aus gutem Grund weitgehend aus Europa ferngehalten wurden. Dabei handelt es sich beispielsweise um das umstrittene „Fracking“ zur Schiefergasgewinnung oder Agro-Gentechnik, Hormonfleisch, Produkte von Klon-Tieren und mit Chlor desinfiziertes Geflügel. Darüber hinaus bedeutet die Übertragung der Kompetenzen für den Marktzugang in Europa an ein außereuropäisches Schiedsgericht den Totalverlust der Eigenkontrolle und Souveränität. Der Investorenschutz könnte es Konzernen ermöglichen, vor Schiedsgerichten gegen die Vereinigten Staaten zu klagen, wenn sie sich durch neue Gesetze benachteiligt oder unfair behandelt fühlen. Auf diese Weise könnten US-Konzerne, die bekanntlich sehr klagefreudig sind, die EU-Staaten in Zukunft allein durch die Androhung juristischer Schritte von neuen Auflagen für den Gesundheits- oder Verbraucherschutz abhalten.

Mit dem geplanten Abkommen werden private Profitinteressen endgültig dem Gemeinwohl übergeordnet, was mit der Wahrung von Verbraucherinteressen und staatlicher Handlungsfreiheit und Souveränität unvereinbar ist. Trotz der zu erwartenden gravierenden negativen Auswirkungen auf die Bürger Europas und damit auch Österreichs im Falle eines Abschlusses dieses Abkommens wurden am 14. Juni 2013 im Rat „Auswärtige Angelegenheiten/Handel“ die diesbezüglichen Leitlinien für die Verhandlungen über die transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft zwischen der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten von Amerika beschlossen.

Welchen Stellenwert und welche Bedeutung diese Bundesregierung den aufgrund der oben dargestellten negativen Auswirkungen durch das Abkommen bestehenden Ängsten in der Bevölkerung beimisst, zeigt die Tatsache, dass der damals zuständige Außenminister Michael Spindelegger es nicht einmal der Mühe wert fand, persönlich bei dieser entscheidenden Ratssitzung anwesend zu sein. Er entsandte als

österreichischen Vertreter Botschafter Hubert Heiss, der dort seitens Österreichs seine Zustimmung zu den genannten Verhandlungsleitlinien gab. Dazu kommt, dass die Europäische Kommission im Namen aller Mitgliedstaaten mit den USA verhandelt.

Darüber hinaus erfolgen die Verhandlungen völlig intransparent und unter Ausschluss der Öffentlichkeit. Das heißt, dass es keine offiziellen Dokumente oder Informationen über den tatsächlich aktuellen Verhandlungsstand gibt. Die Enthüllungen über die systematischen und mit dem Status eines befreundeten Landes unvereinbaren Spionagetätigkeiten der USA (NSA/Snowden) machen den Abschluss derartiger Verträge für Europa generell unzumutbar. Insoweit hat sich die Lage seit der Erteilung des Verhandlungsmandates durch die Mitgliedsländer auch grundlegend geändert.

Abschließend ist festzuhalten, dass dieses Abkommen einmal mehr eines jener Themen ist, bei denen die EU nicht zum Wohle ihrer Bevölkerung handelt. Dass dies darüber hinaus in Geheimverhandlungen erfolgt, passt nur allzu gut in das bekannte Bild dieser Europäischen Union, die die berechtigten Ängste und Sorgen der europäischen und damit auch der steirischen Bürger seit Jahren ignoriert und jegliche Bürgernähe vermissen lässt.

Es wird daher der **Antrag** gestellt, der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag Steiermark spricht sich für die sofortige Beendigung der Verhandlungen über das Freihandelsabkommen „Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP)“ der Europäischen Union mit den USA aus.
2. Die Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten und von dieser einzufordern, sich auf europäischer Ebene im Sinne der Wahrung der Interessen der steirischen Bevölkerung mit Nachdruck für einen umgehenden Stopp der Verhandlungen über das Freihandelsabkommen „Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP)“ einzusetzen.

Unterschriften:

LTAbg. Anton Kogler (FPÖ), LTAbg. Mario Kunasek (FPÖ)